

VERKEHR

Grüne gegen Stolpe

Heftiger Streit bahnt sich in der rot-grünen Koalition über die von Deutschland und Dänemark geplante feste Verbindung über den Fehmarnbelt an. Möglichst bis zum Jahr 2015 soll eine Brücke oder ein Tunnel von etwa 20 Kilometer Länge die Ostsee queren. Die geschätzten Gesamtkosten betragen 6 bis 7,5 Milliarden Euro. Während Verkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) vergangene Woche mit seinem dänischen Amtskollegen „vertiefende Untersuchungen“ vereinbarte, treten die Grünen auf die Bremse. Das Vorhaben sei ökologisch bedenklich, der Verkehrsnutzen fraglich und die Finanzierung völlig offen, begrün-

det der Bundestagsabgeordnete Rainer Steenblock die „einhellige Ablehnung des Projektes“ durch seine Fraktion. Anders als Stolpe schließen die Grünen eine finanzielle Beteiligung des Bundes kategorisch aus. Auch die von Dänemark favorisierte private Finanzierung mit staatlichen Garantien für die Investoren lehnen die Grünen ab. Steenblock: „Da machen wir nicht mit.“



Computeranimation einer Fehmarnbelt-Brücke

NRW

Steinbrück will Rüttgers attackieren

Im anstehenden Landtagswahlkampf will der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) die persönliche Auseinandersetzung mit seinem Herausforderer Jürgen Rüttgers (CDU) suchen. „Rüttgers wird ab jetzt frontal angegangen“, heißt es in Steinbrücks Umgebung. Anlass für den Kurswechsel: Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Landes-SPD würden sich 35 Prozent der Befragten bei einer Direktwahl für Steinbrück als Ministerpräsident entscheiden, dagegen nur 28 Prozent für Rüttgers. 37 Prozent der rund 2500 Befragten wünschen keinen von beiden. Bei den Parteien freilich liegt die NRW-SPD nach wie vor deutlich hinter der CDU. Nach einer aktuellen Umfrage des Instituts Psephos würden nur 33 Prozent der Bürger in NRW für die Sozialdemokraten stimmen, aber 47 Prozent für die Union, wenn am Sonntag Wahlen wären.



Steinbrück, Rüttgers (2002)

LINKSPARTEI

Politische Zwillinge

Die SPD muss mit neuer Konkurrenz rechnen. Gewerkschafter, ehemalige Sozialdemokraten, PDS-Mitglieder und parteilose Linke wollen am kommenden Wochenende in Berlin einen Verein gründen, aus dem bereits im November eine Linkspartei entstehen könnte. In dem Bündnis sollen zwei bislang getrennt operierende Initiativen aufgehen: Die „Wahlalternative“ aus Nordrhein-Westfalen und Norddeutschland und die von bayerischen IG-Metallern gegründete Initiative „Arbeit & soziale Gerechtigkeit“. Geplanter Name

nach der Fusion: „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Laut einer Infratest-Umfrage hätte eine neue Linkspartei bei den Deutschen durchaus Chancen: Mehr als jeder Dritte (38 Prozent) könnte sich vorstellen, sie zu wählen; 6 Prozent sagten, sie würden es „sicher“ tun. Die Franken Thomas Händel und Klaus Ernst, die nach der Androhung einer Parteigründung vor zwei Wochen aus der SPD ausgeschlossen worden sind, trafen sich vergangenen Dienstag mit Irina Neszeri und Axel Troost von der „Wahlalternative“. Hinterher schwärmten die IG-Metaller: „Wir haben mit der ‚Wahlalternative‘ unseren eineiigen Zwilling gefunden.“